



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

[Postulaty delegacji Partii Niemieckiej przedłożone prezydentowi
Rządu Krajowego Księstwa Cieszyńskiego Janowi Michejdzie,
Cieszyn, 08.01.1920]

Liczba stron oryginału

6

Liczba plików skanów

7

Liczba plików publikacji

7

Sygnatura/numer zespołu

TR 015.176

Data wydania oryginału

1920

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



**Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego**



**NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY**

KULTURA+



P O L I T I S C H E S .

- 1./ Lösung der Skotschauer Gemeindefrage im Sinne der mit der polnischen Plebiszitkommission geflochtenen Besprechungen:
Aufhebung der widerrechtlichen Verfügung betreffend die Aufschrittafeln. Neuwahl des Ortsschulrates.
- 2./ Festlegung des Grundsatzes, dass bei Fehlen von gewählten Ersatzmännern Kooptierungen für freiwerdende Mandate im Gemeindevausschuss erfolgen können. Daher Bewilligung der Kooptierung der Ersatzmänner Turza, Senteroni, und Czaika in den Teschner Gemeindevausschluss.
- 3./ Anerkennung der Slonzaken als eigener Volksstamm und Aufhebung sämtlicher gegen sie bisher geübten Beschränkungen.
- 4./ Anerkennung für absolute Pressfreiheit und Schutz der Redakteure gegen willkürliche Verhaftungen.

Teschen, den 8. Jänner 1920.-

FÜR DELEGATION DER DEUTSCHEN PARTEIEN :

DER GESCHÜFTSFÜHRER:

DER PRÄSIDENT :

Dr. HANS POLLAU m.p.

FULDA m.p.

15.11.16/16

Sr. Noehwohlgeboren Herrn

Dr. J. M I C H E J D A

Landespräsident

in P E S C H E N .

TECHNISCHE VORAUSSETZUNG

FÜR DIE BETEILIGUNG DER DEUTSCHEN AN DER VOLKSABSTIMMUNG.

- 1./ Die Deutschen Ostschlesiens fordern die unbedingte Aufrechterhaltung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gemeinschaft des ganzen ostschlesischen Gebietes, weshalb in erster Linie die Forderung gestellt wird, dass der polnische Staat sich verpflichtet, keiner Lösung der ostschlesischen Frage zuzustimmen, durch welche die Unteilbarkeit des Herzogtums Teschen verletzt wird und mit allen Mitteln die Forderung nach dem Ausschluss des ungeteilten Gebietes an die polnische Republik durchzusetzen. Aus diesen Gründen sprechen sich die Deutschen Ostschlesiens mit aller Entschiedenheit gegen die Fassung der Punkte V, VI, VII, VIII, der von Friedenskonferenz herausgegebenen Festsetzungen über die Durchführung der Volksabstimmung betreffend die gemeindeweise Abstimmung und die Teilung des Landes nach deren Ergebnis aus und verlangen die Abänderung dieser Bestimmungen in dem Sinne, dass nur die Gesamtergebnisse der Abstimmung entscheidende Bedeutung beigemessen werde.
- 2./ Die von der Friedenskonferenz festgesetzten Voraussetzungen der Stimmberechtigung hinsichtlich der Verteilung des Stimmrechtes nicht nur an die vor den 1. August 1914 in Ostschlesien heimatsberechtigten, sondern auch an die vor diesem Zeitpunkte in Ostschlesien ständig Wohnhaften einerseits, unter Ausschluss der öffentlichen Beamten andererseits, ist geeignet das Abstimmungsergebnis zu Ungunsten der wirklichen bodenständigen Bevölkerung zu verfälschen und wird verlangt, dass diese Bestimmungen noch vor Abstimmung geändert werden. Der Plebiszitkommission ist neben dem tschechischen und polnischen Vertreter auch ein Vertreter der Deutschen Ostschlesiens, welcher von der Delegation namhaft gemacht wird, beizuziehen.
- 3./ Politische Identität für alle Personen, welche ihrer politischen und nationalen Überzeugung wegen von den derzeitigen Machthabern verfolgt werden.
- 4./ Internationale Garantie dafür, dass wegen der Teilnahme an der Abstimmung und Agitation keinerlei Vergeltung ausserhalb in Gegenwart und Zukunft geübt werden, sowie Existenzsicherung durch den polnischen Staat für jene Personen, welche durch ihre Teilnahme an der Agitation ihrer Stellung gegenüber dem tschecho-slowakischen Staat unmöglich gemacht haben.
- 5./ Anerkennung des Rechtes der Deutschen mit Volksgenossen in übrigen Teilen des Staates und ausserhalb seiner Grenzen in Verbindung zu bleiben.

Teschen, am 8. Jänner 1920.

FÜR DIE DELEGATION DER DEUTSCHEN PARTEIEN:

DER GESCHÄFTSFÜHRER:

Dr. HANS POLLAK m.p.

DER PRÄSIDENT:

F U L D A m.p.

S C H U L E .

1./ Uneingeschränkte Anerkennung des Elternrechtes in dem Sinne, dass die Willensäußerung des Vaters oder Vormandes die Grundlage für die Schulwahl ist:

Ernennung eines deutschen Landesschulinspektors für die deutschen Schulen unter diesen, bzw. unter die ihm unterstellten deutschen Bezirksschulinspektoren.

2./ Regelung folgender Schulfragen:

a/ Anerkennung des Weiterbestandes einer vollständigen Volks- und Bürgerschule in Skotschau und Belassung der an diesen Schulen früher in Verwendung gestanden Lehrkräfte, soweit sie selbst darauf Anspruch erheben.

b/ Belassung der bisherigen utraquistischen Schulen an Orten, in welchen keine deutsche Schule besteht. Daher Wiederherstellung der utraquistischen Schule in Jablunkau oder Schaffung einer 5 klassigen deutschen Volksschule.

Belassung der deutschen Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht.

c/ Besetzung des ~~xxxxxx~~ Schulleiterpostens in Deutsch-Bistrai nach dem Vorschlage des Ortschulrates.

d/ Wiedereröffnung des deutschen Kindergartens in Schibitz.

B E C H Ü R A N U N G A N D E R P R E S S E .

- 1./ Anwendung der bisherigen gerichtlichen Sprachenpraxis auf dem gesamten Gebiete des öffentlichen Verkehrs, Doppelsprachigkeit in allen öffentlichen Aufschriften und Kundmachungen.
 - Zulassung der deutschen Sprache bei allen praktischen Prüfungen.
- 2./ Wiedereinsetzung der Unrecht enthobenen deutschen Beamten und sonstigen öffentlichen Angestellten in ihren früheren Stellen.

15.11.15

O D F I S :

G E R I C H T .

- 1./ Nichtanwendung des Hochverratsparagraphen auf die ost-schlesische Frage, Garantie gegen die missbräuchliche Anwendung des Paragraph 65 a St.G. sowie gegen Verhaftungen aus politischen Gründen.
- 2./ Zulassung zur Ablegung der Richteramts - und Advokatenprüfungen auch in deutscher Sprache.

M I L I T Ä R I S C H E S .

- 1./ Aufhebung aller feldgerichtlichen Verurteilungen von Zivilpersonen und Überweisung dieser sowie der anderen anhängigen Strafsachen an das zuständige Gericht.

Entscheidung der von Militärgerichtlichen Verurteilten und der von Militär- und Zivilgerichten grundlos in Untersuchungshaft gehaltenen Zivilpersonen.

Wiedergutmachung allen ihnen und ihren Familien zugefügten Unrechtes.

- 2./ Entlassung sämtlicher Ostschlesier aus dem Verband des polnischen Heeres, welche gegen ihren Willen zurückgehalten waren.

Einstellung der Verfolgung wegen Desertion jener Ostschlesier, welche eigenmächtig ihre Truppenkörper verlassen hatten, weil sie gegen ihren Willen eingereicht wurden, oder nach der Fundmachung der internationalen Kontrollkommission vom 3. März 1919 sich als militärfrei betrachten konnten.